

IMI - gemein aber nützlich!

Zum Versuch, die Informationsstelle Militarisierung durch Entzug der Gemeinnützigkeit mundtot zu machen.



Der Verein Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. macht seit 1996 das, was sein Name aussagt: Er informiert über Militarisierung. Der äußere Gründungsimpuls für die Vereinsgründung war die Aufstellung der Bundeswehr-Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK) 1996. Seither erweiterte sich das Themenspektrum der Informationsstelle Militarisierung immer weiter.

Im Februar 2006 verweigerte das Finanzamt Tübingen dem Verein erstmals einen endgültigen Freistellungsbescheid und hiermit die Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit. Als Grund wurde genannt, eine nicht näher spezifizierte Behörde hätte Zweifel an der Verfassungstreue des Vereins erhoben. Am selben Tag bat die IMI schriftlich um eine Klärung in der Frage der „Verfassungsmäßigkeit“ und erhielt daraufhin am 17.2.2006 Antwort vom Finanzamt, dass die „Angelegenheit ... voraussichtlich noch ca. vier bis sechs Wochen in Anspruch nehmen wird.“ Die Bitte um Klärung wurde am 27.6.2006 von der IMI schriftlich erneuert, woraufhin Herr Dr. Schulz vom Finanzamt mit Schreiben vom 6.7.2006 antwortete, er könne „weder in der Sache noch zum zeitlichen Ablauf irgendwelche näheren Angaben machen“. Die an ihn gestellten Fragen würden jedoch an die zuständige Stelle mit Bitte um Beantwortung weitergeleitet. Bereits am 12.5.2006 erging vom Finanzamt Tübingen an die IMI eine „vorläufige Bescheinigung“ der Gemeinnützigkeit, die jedoch mit dem Hinweis versehen wurde, dass diese „stets widerruflich“ sei und längstens 12 Monate gelte.

Mit Schreiben vom 11.5.2007 teilte das Finanzamt nun mit, es beabsichtige „der IMI die Gemeinnützigkeit für die Jahre ab 2001 zu versagen“, da sie sich tagespolitisch äußere und dies nicht gemeinnützig sei. Darüber hinaus drohte das Finanzamt, den Verein für die entgangenen Steuern mit 40% auf alle Spendeneinnahmen seit 2001 haftbar zu machen.

Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Im Rahmen der Vorbereitung der zu treffenden Entscheidung [hinsichtlich der Verfassungstreue] habe ich die Web-Site der IMI eingesehen. Dabei fiel sofort auf,

daß diese stark von allgemeinen politischen Themen dominiert wird. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß die Tätigkeit der IMI sich fast ausschließlich in politischen Aktivitäten erschöpft. Ein solches Agieren ist aber von den Gemeinnützigkeitsregeln der §§ 51 ff der Abgabenordnung (AO) nicht gedeckt. Nr. 15 des Anwendungserrlasses zu § 52 AO (vgl. beigefügte Kopie) führt hierzu aus, daß politische Zwecke (Beeinflussung der politischen Meinungsbildung) grundsätzlich nicht zu den gemeinnützigen Zwecken zählen. Zwar ist eine nur gelegentliche politische Stellungnahme im Rahmen des Satzungszwecks unschädlich, sie darf jedoch nicht Mittelpunkt der Tätigkeit der Körperschaft werden. Genau dies ist aber offensichtlich bei der IMI ausweislich ihrer Web-Site der Fall“.

Dabei bezog sich Herr Dr. Schulz auf den Anwendungserrlass zur Abgabenordnung, in dem das Bundesfinanzministerium seinen Ämtern vorgibt, wie diese das Gesetz zu interpretieren haben. Dieser besagt tatsächlich, dass Vereine, die vor allem der tagespolitischen Beeinflussung dienen, nicht als gemeinnützig zu behandeln seien. Konkret heißt es aber:

„Eine gewisse Beeinflussung der politischen Meinungsbildung schließt jedoch die Gemeinnützigkeit nicht aus (BFH-Urteil vom 29.08.1984, BStBl 1984 II S. 844). Eine politische Tätigkeit ist danach unschädlich für die Gemeinnützigkeit, wenn eine gemeinnützige Tätigkeit nach den Verhältnissen im Einzelfall zwangsläufig mit einer politischen Zielsetzung verbunden ist und die unmittelbare Einwirkung auf die politischen Parteien und die staatliche Willensbildung gegenüber der Förderung des gemeinnützigen Zwecks weit in den Hintergrund tritt. Eine Körperschaft fördert deshalb auch dann ausschließlich ihren steuerbegünstigten Zweck, wenn sie gelegentlich zu tagespolitischen Themen im Rahmen ihres Satzungszwecks Stellung nimmt. Entscheidend ist, dass die Tagespolitik nicht Mittelpunkt der Tätigkeit der Körperschaft ist oder wird, sondern der Vermittlung der steuerbegünstigten Ziele der Körperschaft dient (BFH-Urteil vom 23.11.1988, BStBl 1989 II S. 391)“

„Tagespolitisch tätig sein“, bedeutet, sich zu allen Politikbereichen wirklich tagespolitisch, d.h. direkt im politischen Diskurs zu äußern. Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. äußert sich immer wieder auch mal tagespolitisch, allerdings erstens nur im Friedensbereich, also nicht allgemeinpolitisch (IMI hat sich noch nie z.B. zu Krippenplätzen geäußert) und zweitens äußert sich IMI insgesamt und vor allem im Verhältnis zu den sonstigen Aktivitäten eher seltener direkt tagespolitisch. Und genau diese gelegentlichen tagespolitischen Äußerungen sind rechtlich gedeckt, insbesondere aber, weil sie sich eben gegen Militarisierung im weiteren Sinne richten und damit dem Frieden und der Völkerverständigung dienen.

Im oben zitierten Urteil des Bundesfinanzhofes von 1988, es ging um die Gemeinnützigkeit des - ebenfalls in Tübingen ansässigen - damaligen Vereins für Friedenspädagogik (heute Institut für Friedenspädagogik), heißt es u.a. auch:

„Das Eintreten des Klägers für den Frieden war weder unmittelbar noch allein auf das politische Geschehen und die staatliche Willensbildung gerichtet. Daß der Kläger seine Auffassung „mit praktischer Arbeit“ vermittelte, „Probleme des Friedens und Unfriedens in der Öffentlichkeit bewußt machte“ (§ 2 der Satzung) und sie damit auch Politikern nahebrachte, beseitigt nicht die Ausschließlichkeit seiner gemeinnützigen Bestrebungen. Eine unmittelbare Einwirkung auf politische Parteien und auf die staatliche Willensbildung tritt in solchen Fällen gegenüber der allgemeinen Förderung des Friedens weit in den Hintergrund und ist insbesondere für die steuerrechtliche Wertung nach Umfang und Erfolg kaum zu erfassen. Eine andere Beurteilung hätte wegen des weiten Begriffs der Politik (vgl. Urteil in BFHE 142, 51, 56 bis 57, BStBl II 1984, 844) zur Folge, daß gemeinnützige Zwecke bei fast jeder Körperschaft ausgeschlossen wären, die bei ihrer satzungsgemäßen Tätigkeit aktuelle politische Fragen berührt. Dies kann nach dem geltenden Gemeinnützigkeitsrecht nicht Rechtens sein (vgl. Urteil in BFHE 142, 51, BStBl II 1984, 844).“

Juristisch steht die IMI also ganz gut da. Dies herauszufinden und dem Finanzamt darzulegen war ein hartes Stück Arbeit. Im Eingangszitierten Schreiben des Herrn Dr. Schulz vom Finanzamt wurde auch deutlich, wem wir dies zu verdanken haben: eben der Behörde, die nicht genannt werden will und ohne Beweise einfach die Frage unserer Verfassungstreue in den Raum gestellt hat. Wir vermuten dahinter das Bundesamt oder das Baden-Württembergische Amt für Verfassungsschutz. Es ist bezeichnend, dass im Kontext verfassungswidriger In- und Auslandseinsätze deren Kritiker zu Staatsfeinden erklärt werden - von Organisationen, die dem Namen nach dem Schutz der Verfassung dienen. Dass diejenigen, die im Ausland Aufstandsbekämpfung mit Tornados betreiben im Inland nicht davor zurückschrecken, das Finanzamt auf Kritiker zu hetzen, sollte nicht wundern. Es geht also nur an der Oberfläche um die richtige Auslegung der Abgabenordnung und die Frage, ob Tagespolitik im Mittelpunkt unserer Arbeit steht oder nicht. Im Grunde geht es aber um einen politisch motivierten Angriff auf einen Verein, welcher den Kriegstreibern Steine in den Weg legt. Die IMI soll mundtot gemacht werden. Eben

da es sich aber um einen politischen Angriff auf uns handelt, befürchten wir, dass er uns lange beschäftigen wird. Je nach dem, wie unterwürfig sich das Finanzamt gegenüber der ominösen Behörde verhält, wird es nun evtl. nicht nach den Fakten und der Rechtslage urteilen, sondern danach, was politisch opportun ist. Das hieße, unsere Arbeit weiter zu behindern. Falls das Finanzamt bei seiner (Fehl-)Einschätzung unserer Arbeit bleibt, könnte der folgende Rechtsstreit Jahre dauern, uns Geld, Zeit und Nerven kosten. In dieser Zeit wäre es uns nicht erlaubt, Spendenbescheinigungen auszustellen (erst falls wir den Fall gewinnen sollten, dürften wir auch rückwirkend wieder welche für den gesamten Zeitraum ausstellen) und die Zukunft wäre ungewiss.

Aus zweierlei Gründen haben wir uns trotzdem entschlossen, notfalls die juristische Auseinandersetzung zu suchen. Erstens, da wir das für aussichtsreich halten und wir der festen Überzeugung sind, dass wir uns strikt im Rahmen gemeinnütziger Zecke verhalten haben. Zweitens, da von einem solchen Vorgang allerlei Vereine und Stiftungen betroffen sein können, denen wir uns verbunden fühlen. Deshalb möchten wir den Vorfall so öffentlich und unsere

Reaktionen darauf so transparent wie möglich machen. (Wir haben eine Sonderseite eingerichtet, auf der wir die Vorgänge und unsere Tätigkeit genau beschreiben sowie unsere Pressemitteilungen und unser letztes Schreiben ans Finanzamt dokumentieren.) Sollten wir am Ende vor Gericht siegen, wäre ein weiterer Präzedenzfall geschaffen, der solche Angriffe für die Finanzämter schwieriger macht und weiteren betroffenen Vereinen als Referenz dienen kann.

Sollten wir am Ende vor einem Gericht aus einer politisch motivierten Rechtsprechung heraus unterliegen, sind die finanziellen Folgen gegenwärtig kaum absehbar. Im schlimmsten Fall steht die Existenz des Vereins auf dem Spiel, wogegen wir uns aber mit allen Kräften zur Wehr setzen werden. Dass wir eine laute Stimme und großartige Verbündete haben, wurde uns nicht zuletzt durch die zahllosen Solidaritätserklärungen deutlich. Wir hoffen und glauben, dass dies auch nicht ohne Wirkung beim Finanzamt bleibt.

Auf alle Fälle werden wir auch weiterhin lautstark Kritik an der Militarisierung Deutschlands, der EU und der Welt äußern, wenn nötig auch tagespolitisch. Dass dies zu Repressionen führen kann, musste uns immer klar sein und dieser Angriff auf uns ist nur der jüngste Beleg dafür, dass die Militarisierung nach Außen auch Repression nach Innen nach sich zieht, ein Zusammenhang, auf den wir immer wieder aufmerksam gemacht haben. Deshalb werden wir uns in nächster Zeit in der „fröhlichen Wissenschaft des Judo“ üben, den Angriff des Gegners - hier meinen wir die ominöse Behörde - für unsere eigene Arbeit nutzen. Wir werden versuchen, diese lichtscheue Behörde ans Licht der Öffentlichkeit zu zerrn. Wir werden die Öffentlichkeit, die durch diese sinnlose Repression geschaffen wurde, dazu nutzen, unser eigentliches Anliegen voranzubringen. Alleine die vielen Solidaritätserklärungen haben uns hierfür den Rücken gestärkt. Einige Freunde des Vereins nahmen dies zum Anlass, Mitglied zu werden oder uns mit regelmäßigen Spenden zu unterstützen. Viele fragen, wie sie uns helfen können. In der Sache der Gemeinnützigkeit geht dies allenfalls durch Anrufe oder Schreiben an das Tübinger Finanzamt. Darüber hinaus hilft uns aber vor allem Jede und Jeder, der oder die unsere Materialien bestellt oder ausdrückt, sie verteilt und andere auf uns aufmerksam macht. Besonders wichtig ist uns im Moment die Kampagne zum Stopp aller Auslandseinsätze. Denn das ist im Moment unser wichtigstes Anliegen: Diese unsäglichen Kriege, Besetzungen und Manöver unter deutscher Beteiligung zu beenden.



Auf der Suche nach dem Wahrheitsministerium, IMI-Aktion in Tübingen

Solidaritätsadressen

***** Arbeitskreis Süd-Nord der IPPNW-Sektion Deutschland e.V.:** „... IMI leistet ehrenamtlich unverzichtbare Analyse- und Aufklärungsarbeit zur Wahrung einer gewaltfreien Konfliktlösungspolitik, wie sie unser Grundgesetz und die UNO-Charta mit höchster Priorität vorschreibt. Der Umbau der Bundeswehr zur vieldeutigen Angriffsarmee und die zunehmenden militärischen Inlandseinsätze ohne Auftrag im Sinne des GG führen zu Sorgen und Ablehnung immer weiterer Bevölkerungskreise. IMI übernimmt eine demokratische Kontrollfunktion, die für unser Gemeinwesen von großem Nutzen ist. Kritisches Bewusstsein der Bürger, das Friedensfähigkeit durch Gewaltfreiheit zu realisieren sucht, hat höchsten gemeinnützigen Wert. Deswegen fördern wir vom Finanzamt Tübingen die Rücknahme der Aukündigung und die Anerkennung der satzungsgemäßen Gemeinnützigkeit von IMI.“ ***** Netzwerk Selbsthilfe e.V.:** „Nichts ist gemeinnütziger als Friedensarbeit! ... Wir protestieren gegen die Absicht, dem Verein nachträglich die Gemeinnützigkeit abzuspüren, ihm dadurch seine finanzielle Grundlage zu entziehen und so durch die Hintertür mundtot zu machen. Die Arbeit des IMI, sein Einsatz für den Frieden gegen den Krieg, ist notwendig und im besten Sinne gemeinnützig. Zweifel an der Verfassungstreue beim Umbau der Bundeswehr zur Angriffsarmee, bei Tornado-Einsätzen in Afghanistan und zunehmenden Inlandseinsätzen des Militärs etc. zu äußern, ist dringend notwendig. Dabei handelt es sich keinesfalls um „tagespolitische“ Äußerungen, sondern um Fragen grundsätzlicher Art, die eine Informationsstelle Militarisierung stellen muss. Aus unserer eigenen Arbeit wissen wir, dass Spenden für eine solche sinnvolle Arbeit unverzichtbar sind. Wir fordern das Tübinger Finanzamt auf, sich nicht zum Handlanger militaristischer Kreise machen zu lassen und anzuerkennen das Engagement gegen Kriege jeder Art gemeinnützige Arbeit par excellence darstellt.“ ***** Gruppe B.A.S.T.A./Infoladen Bankrott/Arbeitskreis Graswurzelrevolution/FAU-Ortsgruppe/Referat für Frieden und Internationalismus des AstA der Universität Münster/Zwischenzeit e.V.:** „Antimilitarismus ist immer gemeinnützig! Solidarität mit der Informationsstelle Militarisierung Tübingen. ... In Zeiten, in denen maßgebliche tagespolitische Aspekte die Diskussion um den Militäreinsatz in Afghanistan und den Einsatz von Tornados in Afghanistan sowie die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind, kann eine Informationsstelle Militarisierung nicht an tagespolitischem Engagement vorbei kommen. ... Das Vorgehen gegen die IMI ist eine Kampfansage an jegliches politische Engagement, das Militarismus, Nationalismus und die gewalttätige Seite der globalen Ökonomie kritisiert. Es ist somit ein Angriff auf Teilhabe an der Demokratie und zivilgesellschaftliche Interventionen. Wenn diese willentlich von staatlichen Institutionen boykottiert werden, ist dies ein demokratiefeindlicher Prozess. Daher erklären wir unsere uneingeschränkte Solidarität mit der IMI.“ ***** ZAK:** „Das Finanzamt will der Informationsstelle Militarisierung Tübingen die Gemeinnützigkeit entziehen und gefährdet damit die Existenz einer kleinen aber für die politische Kultur der Region und weit darüberhinaus wichtigen Informations- und Forschungseinrichtung. ... Das ZAK hat in den letzten Jahren immer wieder mit großem Gewinn mit der IMI zusammengearbeitet. Wir sind eine Gruppe, die zu wechselnden aktuellen politischen Themen aktiv ist. Für diese Arbeit sind wir auf unabhängige Recherchen und Analysen von überparteilichen Institutionen angewiesen. Die IMI hat sich hier im Bereich der Friedens- und Militärpolitik bundesweit einen Namen gemacht. Die IMI ist daher ein für uns und viele anderen Initiativen der sozialen Bewegungen, die eine herrschaftskritische Öffentlichkeitsarbeit machen, unverzichtbarer Think-Tank. Dies ist ganz offensichtlich der Grund, warum das Finanzamt oder wer auch immer dahinter steckt mag, nichts unversucht lässt, die IMI zum Schweigen zu bringen. Dass sich eine Forschungseinrichtung in ihrem Themenfeld ab und an auch zu tagespolitischen Fragen äußert, finden wir im übrigen überaus gemeinnützig.“ ***** Clemens Ronnefeldt** (Referat für Friedensfragen beim Internationalen Vernetzungsbund - Deutscher Zweig): „Liebe Freundinnen und Freunde, in eurem Engagement um Erhalt der Gemeinnützigkeit wünsche ich Euch einen langen Atem. Die Repression gegen Euch könnt ihr auch als Anerkennung und Wertschätzung eurer Arbeit ansehen: Wäre euer Engagement für die bundesweite Meinungsbildung in Friedensfragen ohne Bedeutung, würden die Behörden wohl kaum dieses Verfahren gegen Euch betreiben.“ ***** Albert Hohmann** (Sprecher Pax Christi im Bistum Trier): „Liebe Friedensfreunde von IMI, mit Unverständnis und Ärger haben wir die Nachricht erhalten, dass das zuständige Finanzamt euch offensichtlich aus inhaltlichen Gründen die Gemeinnützigkeit entziehen will. ... Eure Informationen konnten wir schon oft nutzen. ...“ ***** Peter Birger** (Theologe und Publizist): „Solidarische Grüße nach Tübingen zur staatlich bedrängten IMI. Ich bin nicht wirklich erstaunt nach den Erfahrungen aus der Friedensbewegung in den letzten Jahren ... und nicht zuletzt bin ich nun natürlich umso freudiger noch „IMI-Förderer“.“ ***** Bundeskoordination Internationalismus (BUKO):** „... Der jüngste politische Angriff auf die IMI reiht sich ein in eine Vielzahl von Versuchen, ihre antimilitaristische Arbeit und ihr politisches und wissenschaftliches Engagement für den Frieden zu behindern und zu kriminalisieren. Es wird versucht, einer wissenschaftlich und politisch renommierten Organisation, die sich seit vielen Jahren für Frieden und Menschenrechte einsetzt, einen Maulkorb zu verpassen. Angriff zielt aber nicht auf die IMI allein, sondern auch auf eine breite Bewegung, die sich gegen eine Militarisierung der Gesellschaft, gegen das Militär als Mittel politischer Konfliktbewältigung und speziell gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr richtet. Zudem wird hier eine Argumentation angeführt, die -- sollte sie Erfolg haben -- jede politisch unliebsame gemeinnützige Nichtregierungsorganisation potentiell kriminalisiert. Die BUKO erklärt ihre Solidarität mit der IMI und wünscht ihr für die nächste Zeit viel Kraft, Durchhaltevermögen und Erfolg. ...“ ***** PD Dr. Johannes M. Becker** (Hochschullehrer und Geschäftsführer des Zentrums für Konfliktforschung): „Liebe Kolleginnen und Kollegen in Tübingen, ich bin schockiert über die Nachrichten von Ihrer Verfolgung und den ökonomischen und politischen Konsequenzen, die sich hieraus ergeben können. Um von den Folgen für das politische Klima in unserem Lande zu schweigen... Ich möchte hier in aller Deutlichkeit schreiben, dass viele

meiner und meiner Studierenden Arbeiten ohne Ihre fundamentalen Analysen nicht zustande gekommen wären und würden. Man kann Ihnen den Vorwurf machen, dass Sie sich an die Buchstaben des Grundgesetzes und des Völkerrechts halten. Damit müssen die Behörden auch in Tübingen leben, auch in den Zeiten der Schäuble'schen Manie. Ich werde umgehend meine Kolleginnen und Kollegen im In- und Ausland über den vorliegenden Skandal informieren.“ ***** Thomas Trueten:** „... Eure Studien sind für mich als aktiver Gewerkschafter immer wieder ein Denkanstoß und liefern auch wichtige Argumente und Analysen für die Überzeugungsarbeit unter meinen Kolleginnen und Kollegen. Dieser Repressionsversuch passt in eine Zeit, in der versucht wird, durch systematische Schüren einer Terrorhysterie die ganze Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen, demokratische Rechte auch ganz praktisch abzubauen, wie beim Tornado-Einsatz in Heiligendamm oder der Käfighaltung von G8 Gipfelgegnern, Berufsverbote (Michael Csaszokóczy) wiederbelebt werden und mehr. Ich finde es gut und wichtig, sich davon nicht unterkriegen zu lassen. Deshalb möchte ich bei IMI e.V. auch Mitglied werden.“ ***** Uli Sander** (Landes- und Bundessprecher der VVN-BdA): „Liebe Freundinnen und Freunde von IMI, mit großer Besorgnis und Empörung haben wir von den behördlichen Machenschaften gegen IMI erfahren. Wir fordern mit Euch die sofortige Beendigung aller diskriminierenden amtlichen Handlungen gegen Eure wichtige Einrichtung, die sich dem Frieden und der Völkerverständigung verpflichtet hat. Per Post und per E Mail haben wir Euch Infos zugestellt, die auf ähnliche Vorgänge gegen antifaschistische und antimilitaristische Vereinigungen verweisen. Wir als VVN-BdA e.V. sind gemeinnützig anerkannt. Wir haben entsprechende Aussagen in unserer Satzung, die nicht nur inhaltliche Ausrichtungen ausweisen, sondern auch gemeinnützige Aufgaben der Antifaschistinnen und Antifaschisten beschreiben, denen wir uns verpflichtet fühlen und denen wir uns widmen, wie soziale Hilfe für NS-Verfolgte, Bildungsarbeit unter der Jugend, Gedenkstättenarbeit o.ä. ... Viel Erfolg wünschen wir Euch - und senden alle guten Wünsche für den schweren Kampf.“ ***** ATTAC OG Renscheid:** „Im Bestreben, euch die steuerliche Gemeinnützigkeit zu entziehen, stellen sich uns verschiedene Fragen allgemeiner Natur: -Kann auf einmal jeder Verein schlichter Gemüter allgemein Zweifel an der Gemeinnützigkeit anmelden? und das Finanzamt hechtet dem hinterher? -Welche rechtlichen Hintergründe begründen dies? -Die Sesselfurzer, welche noch nie im Leben Bezug zum Leben „da draussen“ hatten, dürfen darüber bestimmen, wo „Mensch“ Probleme drücken? Diese „Amtsträger“ sind doch die ersten, die von eurer Arbeit profitieren. Leider sind sie es auch, die das am spätesten begreifen! Bitte intensiviert eure Öffentlichkeitsarbeit, wir tun's auch!“ ***** Wolfgang Dominik:** „... Ihr seid wichtig! [...] Dass ihr auch ein bisschen Sand ins sonst gut geschmierte militärische Getriebe und globale Umtriebe werft, muss doch von diesem Staat geahndet werden! Ich bin selbstverständlich bereit, auch ohne Spendenunterstützung für eure überlebenswichtige Arbeit weiterhin zu spenden! Also, macht bloß weiter!“ ***** Prof. Dr. Gert Sommer** (Ehrenvorsitzender des Forum Friedenspsychologie): „Liebe Kolleginnen und Kollegen der IMI, mit Erstaunen habe ich erfahren, dass das Finanzamt Tübingen Ihnen die Gemeinnützigkeit abzuspüren plant. Ich bin seit vielen Jahren als Psychologe auf dem Gebiet der Friedenswissenschaften tätig ... Daher war es mir bei meinen Forschungen immer ein großes Anliegen, die gerade genannten Inhalte mit zu berücksichtigen. Dabei hat mir Ihre IMI unschätzbare Hilfen geleistet. Sie haben immer wieder die Hintergründe von Konflikten aufgezeigt, und dies unter einer friedenswissenschaftlichen Perspektive; d.h. Konflikte sollen möglichst gewaltfrei gelöst werden mit dem Ziel von sozialer Gerechtigkeit und Verwirklichung der Menschenrechte...“ ***** Daniel Seiderer:** „Sehr geehrte Damen und Herren, gerade habe ich von dem Bestreben des Finanzamtes Tübingen erfahren, Ihnen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Über dieses Ansinnen bin ich schockiert, denn ich weiß, wie wichtig Ihre Arbeit zur Förderung des Friedens und der Völkerverständigung ist. Das Bestreben des Finanzamtes Tübingen kann man nur als politische Kampagne gegen einen unliebsamen Verein ansehen, denn eine objektive Grundlage zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit läßt sich nicht erkennen.“ ***** Roland Blach** (Geschäftsführer DFG/VK BaWü): „Liebe FreundInnen der IMI, seit Jahren sind wir in regem Austausch. Ihr seid uns als profunde Kenner militärpolitischer Entwicklungen oft sehr hilfreich gewesen... In welchem Land leben wir eigentlich, wo Kritiker zunehmend finanziell ausgeblutet und mundtot gemacht werden sollen und Demokratie zunehmend zu einer Worthülse verkommt?“ ***** AG Frieden e.V.:** „Die AG Frieden e.V. Trier unterstützt die Informationsstelle Militarisierung (IMI) durch seine Mitgliedschaft... IMI ist aus unserer Sicht ein sehr wichtiger Verein für die Friedensforschung und die Friedens- und globalisierungskritische Bewegung und stellt eine unerlässliche kritische Gegenöffentlichkeit zu weltweiter Militarisierung dar. Es gilt IMI zu unterstützen, die Infos zu verbreiten, Mitglied bei IMI zu werden und zu spenden. Jetzt erst recht!“ ***** Wolfgang Huster:** „Liebe MitstreiterInnen, ich wünsche euch in eurem Bestreben, dass sich ein breites Solidaritätsbündnis bildet, um eure Friedensarbeit auch weiterhin zu sichern, viel Erfolg. Es kann nicht angehen, dass eine so engagierte Vereinigung, wie ihr es seid, durch staatliche Repressionen, hier in Form von Zahlungen an das Finanzamt, in ihrer politischen Arbeit ernstlich gefährdet wird...“ ***** Reinhold Waber:** „Ich unterstütze euch in eurem Kampf gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und bin mit einer Veröffentlichung meines Namens einverstanden.“ ***** Werner Groß:** „Hallo, ... Man kann nur hoffen, dass im Sinne der Unterstützung einer guten Friedensarbeit das Finanzamt Tübingen bald einlenkt...Viele solidarische Grüße“ ***** Ulla Jelpke; Inge Höger; Sevim Dagdelen; Nele Hirsch; Heike Hänsel** (MdBs): „Antimilitarismus ist gemeinnützig! Die Arbeit der Informationsstelle ist schädlich – aber nur für jene, die Kriege vorbereiten, milliardenschwere Rüstungsbeschaffungen fordern und großwahnsinnige Kriegszielprogramme aufstellen. Sie ist schädlich für alle, die nicht wollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger kritische Fragen zu Sinn und Aufgaben der Bundeswehr stellen. Für alle anderen leistet die IMI eine Arbeit, wie sie gemeinnützig kaum sein könnte. Wir protestieren gegen die Absicht, dem Verein nachträglich die Gemeinnützigkeit abzuspüren und ihm dadurch seine finanzielle Grundlage zu entziehen... Tatsächlich weist der antimilitaristische Verein im Rahmen seiner Arbeit immer wieder auf die geltenden Verfassungsbestimmungen hinsichtlich Bundeswehreinrichtungen hin. IMI thematisiert den Umbau der Bundeswehr zur Angriffsarmee und die zunehmenden Inlandseinsätze des Militärs. Das sind nicht nur „tagespolitische“ Fragen, sondern Fragen grundsätzlicher Art, denen sich ein Verein, der sich der Förderung des Friedens

verpflichtet fühlt, stellen muss. Genau das tun die IMI-Leute, und dabei kann es gar nicht ausbleiben, dass sie auch Kritik an jenen Politikern üben, die es darauf anlegen, die Bundeswehr in einen Krieg nach dem anderen zu hetzen... Wir fordern das Tübinger Finanzamt auf, zu akzeptieren, dass Gemeinnützigkeit kein Fall für den Elfenbeinturm, sondern auch für den alltäglichen Gebrauch ist. Von der Bundesregierung verlangen wir, zu erklären, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz oder der Militärische Abschirmdienst hinter dem angeordneten finanziellen Würgegriff stecken. Bei politischen oder juristischen Auseinandersetzungen kann sich die IMI auf unsere Solidarität verlassen.“ ***** Gerd Hommel:** „Liebe Freunde der Informationsstelle Militarisierung, typisch friedens- und demokratiefeindlich, aber logisch im Anspruch imperialistischer Politik, die in Bedrängnis ist, von immer größeren Teilen der Öffentlichkeit abgelehnt zu werden. Wenn die sachliche Begründung nicht ausreicht, versucht man es über das Geld (Entzug der Gemeinnützigkeit). Das ist nicht originell, aber typisch.“ ***** Linksjugend [solid]:** „Liebe imi, gegen den Versuch vom Finanzamt und der ungenannten Behörde, euch politisch mundtot zu machen, habt ihr die volle Solidarität der Linksjugend [solid]. Die Dreistigkeit, mit der kritische Stimmen in der BRD unterdrückt werden sollen, mag nicht mehr neu sein, doch sie bleibt empörend. ... Sie wissen, was sie von euch haben - aber wir auch. Wir werden die demokratischen Rechte, das Angriffsverbot und viele andere Elemente des Grundgesetzes weiter gegen die Verteidiger, die es zu beschützen vorgeben.“ ***** BÜSGM** (Peter Dietrich, Gert Julius, Lothar Nätebusch): „Liebe Freundinnen und Freunde, ... Wichtig für uns ist festzustellen, dass auch die Finanzämter von „ominösen“ Behörden zur Jagd auf die 'Linken' missbraucht werden. In unserer 'freiheitlichen demokratischen Gesellschaft' wird immer wieder der Versuch gemacht, unliebsame linke Organisationen wie Euren Verein wirtschaftlich zur Aufgabe zu zwingen. Wir übermitteln Euch deshalb unsere uneingeschränkte Solidarität für den Überlebenskampf Eures Vereins und wünschen Euch für Eure notwenigen, auch gerichtlichen, Auseinandersetzungen, vollen Erfolg. Wir hoffen nicht, dass sich die Abwandlung des Ausspruchs von Karl Marx 'die herrschende Rechtsprechung ist die Rechtsprechung der Herrschenden' wieder einmal bewahrheitet.“ ***** Evrim Helin Baba** (MdA): „Liebe Freund_innen, ... Der Versuch, die Gemeinnützigkeit zu entziehen, zielt offenbar darauf, der IMI ihrer finanziellen Grundlage zu berauben und den Verein zu zerschlagen. Dieses Vorgehen kann nur als Signal verstanden werden, dass Gruppen, die sich außerparlamentarisch für Antimilitarismus, Frieden und soziale Gerechtigkeit engagieren, in ihrer Zielrichtung abgelehnt werden. Ich unterstütze die Forderung, dass die nicht näher spezifizierte Behörde, die Zweifel an der Verfassungstreue des Vereins erhoben hat, entsprechend benannt wird und ihre vermeintlichen Beweise vorlegt. Es ist kaum verwunderlich, dass der Angriff auf die IMI zeitgleich zu einer verstärkten Militarisierung nach außen und innen stattfindet. Kameraüberwachte Innenstädte gepaart mit flächendeckender Vorratsspeicherung, militärische Luftraumüberwachung z.B. bei der Fußball-WM, martialische Grenzregimes zur Abschottung gegen Flüchtlinge, verfassungswidrige Einsätze der Bundeswehr im Innern wie beim G8-Treffen... Auch, dass die Bundeswehr die zunehmende sozial-ökonomische Unsicherheit, Verarmung und den Druck auf Arbeitslose nutzt, um immer offensiver in Kooperation mit den Arbeitsagenturen für den „Soldat_innenjob“ zu werben, halte ich für nicht akzeptabel...“ ***** Kathrin Vogler** (Geschäftsführer Bund für Soziale Verteidigung): „... Wir sind empört über den Versuch der Tübinger Finanzbehörde, euch die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Wer sich mit der Geschichte der Friedensbewegung befasst, stößt immer wieder auf solche Bemühungen, antimilitaristisches oder pazifistisches Engagement zu diskreditieren und aus dem „Konsens der Demokraten“ herauszudefinieren. Faktisch handelt es sich um den Versuch, kritisches Denken zu verhindern und fundierte Kritik an den herrschenden Verhältnissen in eine Schmutzdecke abzudrängen. Man kann nicht für Frieden und Völkerverständigung eintreten, ohne klare politische Aussagen zu treffen, auch und gerade über die Außen- und Sicherheitspolitik des eigenen Landes. Die IMI ist für viele Menschen und Gruppen in der Friedensbewegung eine wichtige Quelle der Information und Inspiration.“ ***** VVN/BdA Niedersachsen:** „Liebe Freunde, ... Die VVN-BdA sieht sich in ihrer Arbeit dem Schwur von Buchenwald - Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! - verpflichtet. Deshalb fühlen wir uns den Zielen Eures Vereins in besonderer Weise verbunden! Wir wissen auch, was es bedeutet, der Verfassungsföndlichkeit verdächtigt zu werden... Wir wünschen Euch deshalb viel Mut und Erfolg in der laufenden und den kommenden Auseinandersetzungen!“ ***** NeMA-Koordinierungsgruppe** (Hannelore Tölke, Joachim Guillard, Ingo Klein, Hans-Peter Richter): „... Dieser Angriff gegen IMI ist ein Angriff gegen die Friedensbewegung überhaupt. In den vielen Jahren Eurer Tätigkeit habt Ihr durch Eure wissenschaftliche Arbeit die Friedensarbeit vieler Gruppen unterstützt. Eure Artikel und Analysen sind wertvolle Informationsquelle für uns und eine Unterstützung unserer Arbeit. Die Referentinnen und Referenten von IMI sind gern gesehen auf Veranstaltungen der Friedensbewegung und wichtige Diskussionspartner für uns... Mit dem geplanten Maßnahmen sollen Eure finanzielle Grundlagen zerstört werden und Eure Arbeit erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht werden. Dies geschieht in einer Zeit, in der die Proteste gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr wachsen. Ihr habt Euch sich immer gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und für Grund- und Menschenrechte weltweit eingesetzt.“

